

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion

Wohnungen statt Sammellager für Flüchtlinge: Position von Flüchtlingen auf dem Wohnungsmarkt stärken

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, Flüchtlinge auf dem Berliner Wohnungsmarkt mit folgenden Maßnahmen gezielt zu stärken, damit sich der Anteil an Flüchtlingen in privat angemietetem Wohnraum wieder deutlich erhöht:

- Wohnberechtigungsscheine müssen auch an Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge ausgegeben werden, wie dies in anderen Städten der Fall ist; das Land muss wieder sein Belegungsrecht für Sozialwohnungen ausüben.
- Das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) muss verbindliche und unmissverständliche Mietübernahmebescheinigungen zur Vorlage bei Vermieter_innen nach Wahl kurzfristig ausstellen.
- Mietkautionen oder Genossenschaftsanteile müssen vom LAGeSo und den Sozialämtern bereitwilliger als bisher übernommen werden.
- Der Senat schafft die Voraussetzungen für die Errichtung einer vom Senat unabhängigen Beratungsstelle mit Sozialarbeiter_innen, welche Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge bei der Wohnungssuche aktiv und professionell unterstützt.
- Es soll geprüft werden, welche bürokratischen Hürden bei der Leistungsgewährung im LAGeSo und in den bezirklichen Sozialämtern darüber hinaus den Bezug von privaten

Wohnungen behindern. Diese sind abzubauen und kurzfristig durch geeignete, fördernde Maßnahmen zu ersetzen.

- Die sozialhilferechtlichen Mietobergrenzen müssen für Asylsuchende genauso wie für andere Leistungsberechtigte an die Realitäten auf dem Berliner Wohnungsmarkt angepasst werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2013 zu berichten.

Begründung:

Als Folge einer verfehlten Wohnungspolitik mangelt es in Berlin an bezahlbarem Wohnraum. Für Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge ist es zunehmend schwierig geworden, eine Mietwohnung zu finden; wegen der zu niedrigen sozialhilferechtlichen Mietobergrenzen nach der Wohnaufwendungsverordnung (WAV), wegen ihres Aufenthaltsstatus und wegen der Diskriminierung von Flüchtlingen auf dem Wohnungsmarkt. Immer mehr Flüchtlinge in Berlin werden daher in Not- und Sammelunterkünften untergebracht.

Seit 2010 ist die Zahl der Sammellager für Flüchtlinge in Berlin von sechs auf 30 gestiegen. Die Zahl der Asylsuchenden und Geduldeten ist in diesem Zeitraum in Berlin von etwa 10.000 auf rund 14.500 gestiegen. Statt 1.500 (rund 15 Prozent) müssen inzwischen über 6.000 (knapp 45 Prozent) von ihnen in Not- und Sammelunterkünften leben.

Bis Ende 2013 muss das Land nach derzeitiger Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) rund weitere 1.000 Plätze schaffen - und setzt dazu ausschließlich auf große Massenunterkünfte.

Doch die Sammelunterbringung von Asylsuchenden in anonymen Massenunterkünften diskriminiert, stigmatisiert und isoliert Flüchtlinge – und behindert ihre Integration in die Stadtgesellschaft. Sie symbolisiert eine flüchtlingsfeindliche Abschreckungspolitik, die fern jeder „Willkommenskultur“ ist und ein unschönes Bild von Berlin in die Welt aussendet. Unter diesen Bedingungen kann die aktuelle Unterbringungssituation in Berlin als gescheitert angesehen werden.

Zudem kostet die Sammelunterbringung von Flüchtlingen deutlich mehr als die Unterbringung in privatem Wohnraum. Private Betreiber kassieren monatlich pro untergebrachter Person 450 bis 600 Euro, für ein Mehrbettzimmer also bis zu 3.000 Euro/Monat ohne Verpflegung – für das Land ist dies sehr viel teurer als die Unterbringung in Mietwohnungen.

Eine Verbesserung der Situation kann nur durch gemeinsame Anstrengungen sowohl auf zirklicher als auch auf Landesebene erfolgen. Neben der Bereitstellung von Wohnungskontingenten – z.B. über das Geschützte Marktsegment – ist es wichtig, dass auch die Position von Flüchtlingen auf dem Wohnungsmarkt gestärkt wird, sodass die behindernden Faktoren abgemildert werden und die Menschen auch über die speziell reservierten Kontingente hinaus dazu in der Lage sind, eigenständig Wohnungen zu finden. Dies hilft nicht nur den konkreten

3